

Staudamm offiziell eröffnet – noch 600 Familien in ihren Dörfern



Der Appell von Jan Pronk, niederländischer Minister für internationale Zusammenarbeit, auf seiner letzten Indonesienreise blieb ungehört: Im Anschluß an eine Unterredung mit der Menschenrechtsorganisation IN-FIGHT forderte er die indonesische Regierung auf, den Staudamm von Kedung Ombo nicht zu eröffnen, bevor die Umsiedlungsprobleme gelöst seien. Auch indonesische Offizielle hatten Präsident Suharto zur Verschiebung des Ereignisses zu bewegen versucht, doch alles lief nach Plan: Am 18. Mai wurde der größte Staudamm in Mitteljava eröffnet, obwohl 600 Familien sich nach wie vor weigern, ihre Dörfer zu verlassen. Dafür, daß die „einfache, aber feierliche“ Zeremonie ohne Zwischenfälle über die Bühne gehen konnte, hatte die Polizei gesorgt: Den Bewohnern der umliegenden

Dörfer war die Teilnahme verboten worden. Sie konnten sich die Übertragung der Feierlichkeiten am Radio anhören.

Selbst Präsident Suharto mußte jedoch zugeben, daß es noch „kleinere Probleme“ in Kedung Ombo mit der Zahlung der Entschädigungsleistung gebe. Diejenigen, die glaubten, sie könnten sich mit ihren Anliegen an die Weltbank wenden, lägen allerdings falsch: „Zwar hat die Weltbank die Finanzierung des Staudamms unterstützt, die Durchführung liegt jedoch bei uns.“ Weiter betonte Suharto, der Forderung nach höherer Entschädigung könne nicht entsprochen werden, da es sich nur um eine kleine Minderheit handele, die ihre Gelder noch nicht in Empfang genommen habe. „Wenn wir denen mehr zahlen, wollen die anderen auch mehr. Und wo soll das Geld dafür her-

kommen?“ Zugleich äußerte der Präsident auch Mitgefühl mit all denen, die umgesiedelt werden mußten: „Es ist wirklich schwer, das Land, das man von seinen Vorfahren ererbt hat, zu verlassen.“ Der Präsident versprach den Bewohnern von Kedung Ombo, daß sie in ihren neuen Dörfern ein besseres Leben erwarten als das, was sie an den Ufern des Stausees führen könnten.

Die Bewohner von Kedung Pring, Mlangi und den anderen Siedlungen, die ihr Hab und Gut bereits mehrfach vor den ansteigenden Fluten gerettet haben, sehen dies anders: Umsiedlungsalternativen habe die Regierung bislang nicht mit ihnen diskutiert, so heißt es. Außerdem versuchten die Staatsbeamten, sie durch Einschüchterungsmaßnahmen dazu zu zwingen, dürftige Entschädigungsleistun-

gen zu akzeptieren. Angeboten worden waren den Dorfbewohnern ca. 50-60 Pfennig für einen Quadratmeter Land, gefordert hatten sie mehr als 20 DM.-

Obwohl die Lebensbedingungen der vertriebenen Staudamm-Bewohner nach wie vor unzumutbar sind und sie auch auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, sehen Rechtsanwälte und Aktivisten aus Studentenkreisen im Protest der Bauern einen Erfolg, der langfristig das politische Bewußtsein der Landbewohner beeinflussen könne. „Der schönste Sieg ist der, daß Menschen für ihre Rechte gekämpft haben“, so der Soziologe Arief Budimann, „Das ist für die Zukunft eine gute Investition in die Demokratie.“

vgl.: TEMPO, mehrere Ausgaben März, April 1991, sowie vom 25.5., S.22; FEER v. 9.5., S.21f; Suara Merdeka vom 13.5.91

„Demokratisches Forum“ gegründet

45 führende Intellektuelle haben als Antwort auf eine Reihe von Ereignissen der jüngeren Vergangenheit ein Forum gegründet, das sich die „Verbreitung demokratischer Werte“ zum Ziel gesetzt hat. Als Vorsitzender der Gruppe, die am 3. April der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, fungiert Muslimführer Abdurrahman Wahid, der zugleich der Nahdlatul Ulama, der größten islamischen Organisation in Indonesien, vorsteht (s. Interview in diesem Heft). Mitglieder des Forums sind islamische Intellek-

tuelle und Vertreter anderer Religionsgemeinschaften, u.a. die bekannten Jesuiten Mangunwijaya und Magnis Suseno, Journalisten, prominente Anwälte und Angehörige der regierungskritischen Gruppe „Petition der 50“.

Anlässe für die Gründung des „Demokratischen Forums“ waren u.a. das Verbot zweier als regierungskritisch bezeichneter Theaterstücke, das Verbot der Zeitschrift „Monitor“ im Oktober letzten Jahres, zunehmende Ressentiments gegenüber der chinesischen Minderheit sowie

die Gründung einer islamischen Intellektuellenorganisation unter Führung eines Kabinettsmitglieds Ende 1990. Nach den Worten von Abdurrahman Wahid werde man in Indonesien immer sektiererischer. Jede Gruppe kämpfe für ihre eigenen Ziele, ohne die Bedürfnisse der Nation als Ganzes zu beachten. Deshalb wolle das Forum sich um einen politischen „Reifungsprozeß“ bemühen, den Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen fördern und eine intensive politische Willensbildung in

Gang bringen. Die Gruppe wolle selbst jedoch keine aktive politische Rolle spielen.

In Regierungskreisen reagierte man mit Mißtrauen auf die neue Gruppe und legte ihr nahe, den Namen zu ändern. Dieser erinnere, so ein Vertreter des Innenministeriums an oppositionelle Bewegungen in den Ostblockstaaten, die zum Sturz der kommunistischen Regimes beigetragen hätten.

vgl. FEER vom 25.4., S.24, TEMPO vom 13.4.91, S.18-27

Kurznachrichten

Hexenjagd auf Karikaturisten

**Muslim hingerichtet**

Bereits im Februar wurde Azhar bin Muhammad Safar, gegen den 1983 das Todesurteil ausgesprochen worden war, hingerichtet. Safar war der Entführung einer Maschine der indonesischen Fluglinie Garuda im Jahre 1981 angeklagt und verurteilt worden. 3 andere Gefangene, gegen die in diesem Zusammenhang ebenfalls die Todesstrafe verhängt worden war, wurden bereits vor 3 Jahren hingerichtet. Menschenrechtsgruppen kritisierten die Inaktivität der niederländischen Regierung, die man zuvor aufgefordert hatte, sich für das Leben Safars einzusetzen.

TAPOL, Nr. 104, April 91, S.6

**Monitor-Chefredakteur zu 5 Jahren Haft verurteilt**

Arswendo Atmowiloto, ehemaliger Chefredakteur der Zeitschrift Monitor, wurde am 8. April wegen Blasphemie zu 5 Jahren Haft verurteilt. Die Zeitschrift hatte im Oktober vergangenen Jahres eine Rangliste der beliebtesten Persönlichkeiten in Indonesien veröffentlicht. Dabei landete der Prophet Muhammed nur auf dem 11. Platz.

Vgl. FEER vom 18.4.91, S. 16

**Aktivitäten der neugegründeten Gewerkschaft eingeschränkt**

Innenminister Rudini hat Beamten im Industriegürtel von Jakarta Anweisungen gegeben, die Aktivitäten der im September gegründeten „Freien Solidaritätsgewerkschaft“ (vgl. SOAI 1/1991) zu behindern. Arbeiter, die mit der oppositionellen Gewerkschaftsgruppe zu tun hätten, sollten davon abgehalten werden, ihre Kollegen zu organisieren.

vgl. FEER vom 18.4.91, S.73.

**Suharto in der Bundesrepublik**

In der Bundesrepublik wird vom 3.-7.7.1991 der indonesische Präsident Suharto erwartet. Empfangen wird er vom Bundespräsidenten und vom Bundeskanzler. Neben Bonn wird Suharto noch 1-2 weitere Orte, darunter evtl. Berlin, besuchen.



Die Frau, die in dem Bikini den Golfschläger schwingt, ähnelt Madame Suharto.

Eine Dame, die Madame Suharto sehr ähnelt, schwingt im Bikini den Golfschläger auf dem neuen Golfplatz von Cimacam, der von schwer bewaffneten Militärs bewacht wird. Dahinter sitzt ihr Mann auf ausgemergelten Körpern. Menschen geraten in Panik, weil ihnen ein Stempel mit der Aufschrift PKI aufgedrückt werden soll. Eine Gruppe hilfesuchender Menschen wird mit einem Kübel Wasser übergossen, der sich in der Hand eines überdimensionalen Mannes befindet. Andere sind dabei zu ertrinken. Daneben ein Plakat mit der Aufschrift „Kedung Ombo“. „Land für das Volk“ ist die Überschrift eines Kalenders im Posterformat, von dem seit Anfang dieses Jahres 5000 Exemplare in Umlauf sind.: Landkonflikte, bei denen die ortsansässige Bevöl-

kerung jeweils auf der Verliererseite gestanden hat – in Badega und Cimacam, West Java, beim Staudammprojekt von Kedung Ombo, im Transmigrationsgebiet von Pulau Panggung in Süd-Sumatra u.a.m. Mehrere bekannte indonesische NROs haben für den Kalender verantwortlich gezeichnet: die Menschenrechtsorganisation INFIGHT, die Regenwaldgruppe SKEPHI, die Bandunger Zweigstelle der Rechtshilfeorganisation LBH sowie Frauen- und Studentengruppen. Mitte Mai konfiszierte die Oberstaatsanwaltschaft von Yogyakarta in einer Druckerei 5000 frischgedruckte Postkarten mit dem Kalender-Motiv. Die Karikatur und der auf der Karte enthaltene Text bringe die Regierung in Verruf, so hieß es in einer Erklärung des Oberstaatsanwalts. „Es

sieht so aus, als würden Regierung und Militär sich despotisch verhalten“, so der Chef der Behörde gegenüber der Wochenzeitschrift TEMPO. Der Karikaturist, der ebenfalls aus NRO-Kreisen kommt, wird inzwischen wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“, wegen „subversiver Tätigkeit“ gesucht. Bereits im März waren im zentraljavanischen Salatiga zwei Aktivisten einer kleinen NRO festgenommen und verhört worden, weil sie den Kalender verteilt hatten. Ebenfalls in Salatiga kamen Mitte Mai Studenten mehrerer Universitäten zusammen, um gegen diese Form der Zensur und gegen die Festnahmen zu protestieren.

vgl. TAPOL No. 104, April 1991, S.16, TEMPO vom 22.5., S.85, Kompas vom 12.5.91

## Aceh: Flucht nach Malaysia

### Lebenslänglich für Untergrundkämpfer

Internationale Ausdehnung haben inzwischen die Unruhen in Indonesiens nördlichster Provinz Aceh erfahren (vgl. SOAI 4/90 u. 1/91). Über 100 Menschen sind nach 1 1/2-jährigen Auseinandersetzungen mit dem Militär auf mehreren Booten aus ihrer rohstoffreichen Provinz geflohen. Ziel war die malaysische Insel Penang. Bei den Behörden im Nachbarstaat, aus dem angeblich auch Unterstützung für die Muslime in Aceh gekommen sein soll, geriet man in Verlegenheit. Würden die Flüchtlinge ausgewiesen, könnte das für sie den sicheren Tod bedeuten. Darauf wies ein Sprecher der Acehnesen hin. Bei Anerkennung der indonesischen „Boat-People“ als Flüchtlinge würden sich die Malaysier den Unmut ihres mächtigen Nachbarn zuziehen.

In Indonesien streitet man ab, daß sich die Acehnesen aus Gründen der politischen Verfol-

gung nach Penang abgesetzt haben. Ein Sprecher der Armee verwies auf rein ökonomische Motive, die bereits seit Jahren Indonesier veranlaßt hätten, im wohlhabenden Nachbarland illegal ihr Glück zu machen. In Regierungskreisen wurde sogar behauptet, daß die „Bewegung Freies Aceh“ (Gerakan Aceh Merdeka) Arbeitslose nach Malaysia schicken würde, um internationale Aufmerksamkeit zu erregen.

Nach Angaben der Unabhängigkeitskämpfer hat die Regierung in Jakarta 1990 bereits 18 000 Männer ihrer Elitetruppen abgestellt, um die Rebellen unschädlich zu machen. 1000 Zivilisten sollen in den Konflikten bereits ums Leben gekommen sein. Dazu habe sich das Militär auch Terror-Praktiken, wie Kidnapping, Folter und der Zurschaustellung von Leichen am Straßenrand bedient. Seit Be-

ginn dieses Jahres ist die Situation „ruhiger“. Ein Großteil der Rebellenführer wurde gefangen genommen und unmittelbar vor dem Fastenmonat Ramadan, als am wenigsten Widerstand zu erwarten war, vor Gericht gestellt. Obwohl die Regierung wiederholt betont hatte, es handle sich bei den Aufständischen im islamischen Aceh um Kriminelle, um unpolitische Unruhestifter, wurden die ersten Prozesse wegen subversiver Tätigkeit geführt. Von den 24 zu erwartenden Urteilen wurden die ersten bereits gefällt: Haftstrafen von 14-20 Jahren.

Mit einem Appell, das Morden in Aceh einzustellen, hatte sich bereits im Februar das Europäische Parlament an die Indonesische Regierung gewendet.

*vgl. FEER vom 18.4., S.17; TAPOL No. 04, April, S.1-3; TEMPO vom, S. 25f und 25.5.91, S.23.*

### Wahlen 1992: große „Partei“ der Nichtwähler?

Z.T. zweistellige Prozentzahlen – z.B. im Großraum Jakarta – erreicht in Wahlprognosen ein Jahr vor den Parlamentswahlen in Indonesien eine „vierte Partei“. Diese hatte bereits 1971 zu den ersten Wahlen nach Suhartos Machtübernahme unter dem Stichwort „golgongan putih“ (= weiße Gruppe) firmiert: Die Partei der Nichtwähler. Der signalisierte Wahlprotest kommt vor allem von Jugendlichen, von Intellektuellen und aus städt. Gebieten und wird von der Regierung mehr oder weniger als verstecktes Oppositionspotential gesehen. Politische Unzufriedenheit über das Wahlsystem, bei dem es nichts zu wählen gibt und der Sieg der Regierungspartei Golkar bereits vor den Wahlen feststeht, sind ebenso Motive für das Nicht-Wählen wie die „Bulldozer-Politik“ in Kedung Ombo, für dessen aufgebrachte Bewohner das Wählen kein „Recht“, sondern auferzwungene Pflicht ist. *Vgl. Editor vom 14.4., S.11-29 und TEMPO vom 4.5.91, S.98*

### Arbeiterinnen protestieren vor Ministerium

Unterstützt von 4 lokalen NROs, demonstrierten Anfang Mai ca. 100 Arbeiterinnen aus dem Großraum Jakarta vor dem zuständigen Ministerium. Auf Transparenten: „Ich esse nur Propaganda mit Versprechungen als Beilage“ forderten sie den für ihr Gebiet festgelegten Mindestlohn von 1600 Rupiah/Tag, der laut Demonstrantinnen nur in 30% der Fabriken gezahlt werde. Eine weitere Forderung war die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen – z.T. bekommen sie nur die Hälfte des Lohnes ihrer männlichen Kollegen. Proteste richteten sich auch gegen die Behandlung von verheirateten und schwangeren Frauen durch die Arbeitgeber. *vgl. TEMPO vom 11.5.91, S.27*

### Neue „Pribumi“-Politik

Den zunehmenden Ressentiments gegenüber der chinesischen Dominanz in der Wirtschaft will die indonesische Regierung durch eine Neuauflage ihrer „Pribumi“-Politik begegnen, durch die Unternehmen gebürtiger Indonesier bevorzugt werden sollen. Die chinesischen Wirtschaftsimperien sollen veranlaßt werden, ihre Geschäfte vorwiegend mit kleineren mittleren indonesischen Geschäftsleuten zu machen. *Vgl. FEER vom 2.5.91, S.39*

## Neuer Landkonflikt: Algenzüchter gegen Tourismus-Projekt auf Lombok

Auch die Provinzregierung von Mataram, der Hauptstadt der Provinz West-Nusatenggara, hatte unlängst erzürnte Dorfbewohner als Demonstranten vor der Haustür. Tourismus ist der Grund für einen weiteren Landkonflikt. Mit dem „Visit-Indonesia-Year“, das aufgrund des Golfkrieges nur mit Schwierigkeiten eingeleitet werden konnte, hat sich Indonesien für dieses Jahr viel vorgenommen. Gestartet werden soll eine Aufholjagd gegenüber den Nachbarländern, vor allem Thailand, die bislang wesentlich mehr vom Tourismus-Kuchen abbekommen haben als der indonesische Archipel. Nach den Worten des Generaldirektors für Tourismus will Indonesien dabei mit überlegter Strategie das Fremdenverkehrs-Geschäft betreiben. Die Betonung solle auf der „Qualität“ der einzelnen Projekte liegen.

Bereits 1987 hatte die UNDP den indonesischen Verantwortli-

chen eine Studie vorgelegt, in der die touristischen Entwicklungschancen der Provinz West-Nusatenggara, zu der auch die Insel Lombok gehört, erörtert wurden. Auf der immer begehrter werdenden Insel unmittelbar östlich des Tourismus-Zentrums Bali will man jetzt Nägel mit Köpfen machen. An der Südküste sollen mehrere Hotels und die entsprechende Infrastruktur für Touristen entstehen. Das ca. 950 ha große Areal beherbergt noch ca. 10000 Menschen, die vorwiegend von der Algenzucht leben. Wie in anderen Gebieten Indonesiens auch, wurde ihnen für die Umsiedlung eine zu geringe Entschädigung geboten, zumal sie mit der Algenzucht auch ihre aktuelle Lebensgrundlage verlieren. Einziger Erfolg für die Dorfbewohner: Sie durften mit der Umsiedlung bis zur nächsten Algenerte warten.

*vgl. FEER vom 18.4.91, S.52*

### Über eine Bewegung

zuvor wollte ich sagen:  
ich brauche ein Haus  
aber später half ich mit  
mit dem Satz:  
jeder Mensch braucht Land  
merke: jeder Mensch

ich träume von  
einer Bewegung  
aber wie ist es möglich  
wenn ich alleine träume?

Ich bin kein Heiliger  
der von einer Schale Reis  
und einer Kanne Wasser  
leben kann  
ich brauche Hose und  
Hemd  
um meine Scham zu  
bedecken

ich träume von  
von einer Bewegung  
aber wie ist es möglich  
wenn ich stumm bin?